

Protokoll der zweiten Sitzung des Unterausschusses „Kinder- und Jugendförderplan“ vom 2.9.2008

Anwesenheitsliste: siehe Anlage

Begrüßung durch den Vorsitzenden und Feststellung der Beschlussfähigkeit,

Der Vorsitzende, Ingo Junker, begrüßte die Anwesenden und stellte die Beschlussfähigkeit fest.

Herr Liedtke entschuldigte Herrn Quiter wegen Krankheit und schlug vor, die Erörterung des Handlungsfelds „Erzieherischer Kinder- und Jugendschutz“ (TOP 7 der Tagesordnung) auf die nächste Sitzung zu verschieben, da Herr Quiter großes Interesse an diesem Thema habe.

Querschnittaufgabe Partizipation

Herr Engels stellte die Ergebnisse des Fachforums zu diesem Thema und die daraus von der Verwaltung entwickelten Umsetzungsvorschläge vor (Anlage 2). Im Anschluss gab Herr Liedtke einen Überblick über das Projekt zur Aktivierung Jugendlicher zur kommunalen Mitwirkung, für das seit den Sommerferien die Zusage durch das Land vorliegt und das zurzeit geplant wird. Das Projekt ist auf das Jahr 2008 beschränkt und umfasst drei Säulen:

- a) Information über Mitwirkungsmöglichkeiten in Sankt Augustin in Form einer Präsentation sowie durch Infoveranstaltungen an Schulen.
- b) Aktivierung von Jugendlichen zur Mitwirkung durch die Entwicklung eines Internet-Portals mit Möglichkeiten für die Jugendlichen, sich interaktiv einzubringen, sowie durch einen Workshop für Jugendliche, bei dem gemeinsam mit Jugendlichen geeignete Formen der Mitwirkung erarbeitet werden sollen.
- c) Stärkung von Partizipation in Jugendverbänden und Schulen durch die Konzeptionierung und Durchführung einer Schulung für Jugendgruppenleiter und die Erstellung von Informationen und Unterrichtsmaterialien zum Thema Partizipation für die Schulen

Im Projekt sollen Vorschläge für geeignete Beteiligungsmöglichkeiten für Jugendliche erarbeitet werden, die Entscheidungen darüber sollen im JHA beziehungsweise im Rat fallen. Hierzu werden die Ergebnisse sowohl in einer Abschlussveranstaltung vorgestellt als auch im Kinder- und Jugendparlament sowie im JHA vorgestellt und diskutiert. Der Start soll durch eine Auftaktveranstaltung Ende September erfolgen.

Die Inhalte des Projektes liegen dem Bürgermeister noch zur Genehmigung vor. Die Umsetzung des Projektes erfolgt vorbehaltlich der Genehmigung durch den Bürgermeister.

Herr Junker bedauerte, dass durch die Kurzfristigkeit des Projektes kein Mitwirken des Stadtjugendrings bei der Planung möglich war, dennoch unterstütze der SJR das Projekt durch Mitarbeit bei den geplanten Veranstaltungen. Das Internet zu nutzen sei ein gutes Verfahren, Jugendliche zu erreichen. Hier können die Jugendlichen selbst entscheiden, wann und wie sie sich beteiligen und müssen keinen Einladungen zu Treffen folgen. Vorschläge, wie es nach Ende des Projektes weitergehe, müssten ein Ergebnis des Projektes sein.

Herr Hünninger begrüßte den Ansatz, mit den Jugendlichen zu erarbeiten, welche Instrumente sinnvoll und gewünscht seien. Er sprach sich für eine Nachhaltigkeit des Projektes und seiner Ergebnisse aus.

Auch die anderen Mitglieder des Unterausschusses unterstrichen, dass das Projekt nicht mit Ende des Jahres beendet sein dürfe, sondern weiter laufen müsse, beziehungsweise die Ergebnisse umgesetzt werden müssten. Hierzu sollten, wenn nötig, Haushaltsmittel in die laufende Haushaltsplanung eingestellt werden. Herr Rauchalles schlug vor, ein Studentenprojekt in Kooperation mit der FH anzuschließen.

Von allen Seiten wurde großen Wert darauf gelegt, ein möglichst breites Spektrum an Jugendlichen anzusprechen und zur Mitarbeit zu bewegen. Neben den Vertretern der Jugendverbände und Jugendgruppen sollten auch SV-Vertreter und Stufensprecher der Schulen einbezogen werden.

Herr Rauchalles stelle die Frage, ob der JHA seine Aufgabe als Vertretung der Jugendlichen alleine wahrnehmen könne, da es im JHA zwar Information über einige Gruppen von Jugendlichen gebe, jedoch nicht über alle, oder ob nicht ein Jugendbeauftragter eingesetzt werden müsse, der als Ansprechpartner für Jugendliche zur Verfügung stehe und städtische Maßnahmen auf ihre Jugendrelevanz hin überprüfen könne.

Herr Schlienkamp bezweifelte, dass ein einziger Ansprechpartner ausreiche, da die Unterschiede zwischen den Ortsteilen zu groß seien. Er schlug vor die Ansprechpartner als „kleine Ortsvorsteher“ einzusetzen.

Herr Junker ergänzte, dass aus Sicht des SJR ein solcher Beauftragter unabhängig sein müsse, was bei städtischen Mitarbeitern problematisch sei. Die Jugendverbände hätten geeignete Leute, diese seien aber sehr eingespannt. Ein Beauftragter müsse mehr als nur Gremienarbeit machen, er müsse auch für Jugendliche tatsächlich da sein. Herr Rauchalles verwies in Bezug auf die Unabhängigkeit auf die städtische Gleichstellungsbeauftragte, die, obwohl Mitarbeiterin der Verwaltung, unabhängig sei. Es müssten nur geeignete Voraussetzungen geschaffen werden.

Herr Hünninger regte an, Multiplikatoren der Jugendarbeit als Experten für Partizipation zu schulen und sie mit einer konkreten Beauftragung in den Ortsteilen einzusetzen.

Herr Schlienkamp begrüßte die Idee, das Thema „kommunale Beteiligung“ in den Schulen vorzustellen. Die Schulen seien für solche Unterstützung dankbar. Er regte an, statt hierfür die relativ kurzen Pausen zu nutzen, mit den Schulen eine „kommunale Geschichtsstunde“ zu vereinbaren, in der Beteiligung Jugendlicher Thema sein könne.

Zum Vorschlag, Beteiligungselemente bei der Richtlinienförderung für Jugendangebote verbindlich vorzuschreiben, verwies Frau Janke-Schmitt, darauf, dass viele Anträge von ehrenamtlichen Jugendlichen gestellt würden und eine entsprechende Umsetzung praktikabel sein müsse.

Querschnittaufgabe Genderarbeit

Herr Engels erläuterte die Ergebnisse des Forums und die daraus erarbeiteten Vorschläge (Anlage 3).

Herr Junker erklärte, dass die Vorschläge den Ergebnissen des Forums entsprächen, hielt aber einen speziellen Haushaltstopf für Mädchen- bzw. Jungenarbeit für fraglich, da damit keine Querschnittarbeit möglich sei.

Herr Waldästl schlug vor den Topf in einen Topf für Genderarbeit umzuwandeln und sowohl Mädchen- als auch Jungenprojekte daraus zu finanzieren.

Frau Janke-Schmidt regte an, die Veränderungen breit in der Öffentlichkeit bekannt zu machen.

Die Vorschläge der Verwaltung wurden vom Unterausschuss angenommen, mit der Maßgabe, statt eigener Töpfe für Mädchen- und Jungenarbeit einen Topf für Genderarbeit einzurichten. Herr Hünninger regte an, diesen Topf bereits für den Haushalt 2009 aufzustocken.

Querschnittsaufgabe Migration und Integration

Herr Engels stellte die Vorschläge der Verwaltung zu diesem Tagesordnungspunkt vor (Anlage 4)

Herr Liedtke verwies darauf, dass viele dieser Arbeitsansätze bereits umgesetzt werden.

Der Bedarf nach Angeboten für Kinder von Sinti und Roma sei damals aktuell gewesen und sei, wie andere aktuelle Probleme auch, von der städtischen Jugendarbeit aufgegriffen worden. Es gebe ein entsprechendes Angebot im Cafe Leger, einen Sprachkurs in Zusammenarbeit mit der Hauptschule in Menden. Die Kinder gehörten inzwischen zu den Stammbesuchern des Cafe Leger.

Weiterhin habe vor kurzem eine Tagung von Fachkräften der Jugendarbeit zusammen mit Lehrerinnen und Lehrern der Hauptschule Menden stattgefunden, die den Umgang mit auffälligen Jugendlichen mit Migrationshintergrund speziell aus dem islamischen Kulturkreis zum Thema hatte.

Herr Misch erläuterte am Beispiel der Integration behinderter Menschen das Problem, Jugendliche zu finden, die sich für Integrationsangebote engagierten. Das fehlende soziale Engagement der Jugendlichen müsse aufgearbeitet und ein entsprechendes Förderprogramm gestartet werden. Herr Hünninger unterstützte dies als wichtige Aufgabe.

Herr Waldästl schlug vor, das Thema in Verbindung mit dem Thema „Politische Jugendarbeit“ in der nächsten Sitzung zu behandeln.

Herr Junker schlug vor, es als eigenen Punkt zu behandeln, da es eher eine Querschnittsaufgabe sei

Herr Waldästl verwies auf die Verbindung von Partizipation und Integration. Initiativen zur Integration müssen von den betroffenen Gruppen ausgehen. Er schlug vor zu diesem Thema mit den Schülervetretern ins Gespräch zu kommen und auch die Zielgruppe einzubeziehen.

Herr Junker unterstützte diesen Gedanken. Auch beim Partizipationsprojekt sollten alle die Möglichkeit haben mitzumachen, auch Jugendliche mit Migrationshintergrund und behinderte Jugendliche.

Herr Rauchalles schlug vor, die vorgeschlagenen Projekte nicht auf den Wohnbereich Ankerstraße zu konzentrieren sondern auch andere Wohnbereiche mit entsprechendem Förderbedarf mit einzubeziehen.

Der Unterausschuss stimmte mit den diskutierten Ergänzungen, den Vorschlägen der Verwaltung zu

Aktuelle Infos aus weiteren Handlungsfeldern

Herr Liedtke berichtete, dass **der Bau der Skateranlage** sich verzögert habe und erst jetzt die Ausschreibungen verschickt werden können. Mit einer Auftragserteilung sei nach den Herbstferien zu rechnen. Eine Fertigstellung noch im September, wie ursprünglich geplant, sei damit nicht mehr möglich.

Die Mitglieder des Unterausschusses missbilligten die Verzögerung. Der Vorschlag von Herrn Liedtke, die Jugendlichen zu einem Gespräch einzuladen, wurde allgemein begrüßt. Es sei wichtig, die betroffenen Jugendlichen weiter für eine Beteiligung zu gewinnen und sie nicht auf Grund schlechter Erfahrungen zu verlieren. Man müsse sich bei den Jugendlichen entschuldigen.

Herr Falk erklärte, an diesem Beispiel werde ein Problem von Beteiligung deutlich. In allen Verwaltungsbereichen müsse das Wissen über die Notwendigkeit von Partizipation und deren Umsetzung vorhanden sein. Die Fehler sollten ernsthaft und objektiv analysiert werden.

Herr Schlienkamp regte an, sich eine Wiedergutmachung zum Beispiel im Rahmen der geplanten Auftaktveranstaltung zu überlegen. Im JHA und im Rat müsse klar sein, dass Kinder und Jugendliche eine zeitnahe Reaktion auf ihre Anliegen und Vorschläge benötigen.

Herr Junker verwies darauf, dass es gut gewesen sei, dass die Verwaltung die Übergangslösung geschaffen habe. Er unterstrich, dass es wichtig sei, den betroffenen Jugendlichen die aufgetretenen Verzögerungen aktiv zu erklären.

Der Antrag auf **Job-Starter** ist gestellt, es gibt keine Überschneidung mit dem Projekt „PfAu“ und damit auch keine Beeinträchtigung. Ein Ergebnis des Antrags liegt noch nicht vor.

Herr Engels stellte die Teilnehmerzahlen der diesjährigen **städtischen Ferienaktionen** vor (korrigierte Fassung als Anlage 5). Daneben gibt es eine Vielzahl weiterer Angebote städtischer Einrichtungen und vor allem der freien Träger.

Herr Misch verwies darauf, dass der Umfang der Naherholungsmaßnahmen in Sankt Augustin stark zugenommen habe.

Frau Janke-Schmidt erläuterte, dies liege auch daran, dass Angebote, die bisher während der Woche liefen, in die Ferien verlegt werden müssten, da die Kinder u.a. wegen ihrer Einbindung in die OGS während der Schulzeit nicht mehr kommen könnten.

Herr Hünninger bat darum, wenn möglich, Zahlen über den Anteil der OGS-Kinder an den übrigen Ferienmaßnahmen einzuholen.

Ende der Sitzung

Ingo Junker bedankte sich für die Mitarbeit und schloss die Sitzung gegen 20.15 Uhr

.....
Klaus Engels
(Protokollführer)

.....

Ingo Junker
(Vorsitzender des Unterausschusses)

gesehen:

.....
Marcus Lübken
(Beigeordneter)